

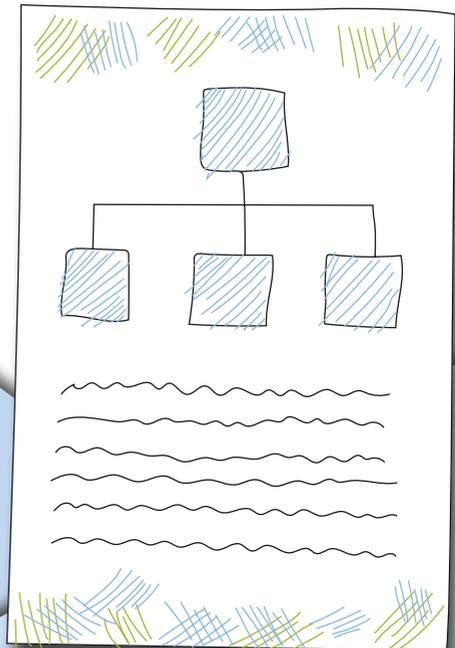


PLANSPIEL
ENDLAGERSUCHE



BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

SZENARIO



SZENARIO

Der Landkreis Bergnitz

In naher Zukunft: Die Suche nach einem Endlagerstandort tritt in seine letzte Phase ein. In drei Regionen sollen mögliche Standorte für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle untersucht werden. Im Bundesland Friesbergen liegt eine dieser Regionen, der Landkreis Bergnitz.

Der Landkreis ist durch weite Wiesen und Wälder, Felder und kleine Städte und Dörfer mit historischen Ortskernen geprägt. Mit 70.000 Einwohner*innen ist der Landkreis nur dünn besiedelt. Wirtschaftlich ist Bergnitz stark durch die Landwirtschaft und die Verarbeitung von Agrarprodukten geprägt, aber auch kleine und mittelständische Industrie-, Handwerks- und Gewerbebetriebe spielen eine wichtige Rolle.

Im bundesdeutschen Vergleich zählt der Landkreis zu den strukturschwachen Regionen Deutschlands.

Die Arbeitslosenquote ist hoch. Insbesondere gut bezahlte Jobs sind Mangelware und auch die wirtschaftlichen Zukunftsprognosen sind wenig rosig. Viele junge Leute verlassen auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen die Region.

In den vergangenen 30 Jahren ist die Bevölkerungszahl um mehr als 20 Prozent zurückgegangen. Die Entwicklung konnte aber in der jüngeren Vergangenheit gebremst werden.

Perna ist mit knapp 20.000 Einwohner*innen die größte Stadt im Landkreis Bergnitz. Sie ist das regionale Zentrum für Industrie, Handwerk und Gewerbe. Trotz leerer städtischer Kassen haben Landkreis und Stadt in den vergangenen Jahren viele Anstrengungen unternommen, um junge Familien am Ort zu halten. So wurden etwa Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten gefördert, indem ein neues Industriegebiet ausgewiesen und Unternehmensgründungen unterstützt wurden.



Landkreis Bergnitz

Von Perna aus gut erreichbar ist das Naherholungsgebiet Naderer Auwald. Entlang des Flusses Nader erstrecken sich Feuchtgebiete, Wälder und Wiesen. Das Gebiet ist ein beliebtes Ausflugsziel für Radfahrer*innen und Spaziergänger*innen. Eine kleine touristische Infrastruktur mit Ausflugslokalen und Pensionen sowie touristische Angebote wie geführte Wanderungen haben sich in den vergangenen Jahren am Rande der besonderen Naturlandschaft entwickelt. Gleichzeitig beheimatet der Naderer

Auwald viele seltene Tierarten, insbesondere einige seltene Vogelarten wie den Biberschwanzrötling. Deshalb wurde der Bereich 2001 zum Naturpark erklärt.



Das Verfahren

Im Jahr 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die Gebiete Deutschlands benannt, die für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geeignet erscheinen. Grundlage hierfür war die Sichtung von mehreren 100.000 Datensätzen über den geologischen Untergrund.

Damit hat in den betroffenen Gebieten die Diskussion zum Thema Endlagerung deutlich an Fahrt aufgenommen. Nach weiteren Untersuchungen hat die BGE in einem mehrstufigen Auswahlprozess nicht geeignete Regionen und Standorte ausgeschlossen.



Debatte im Deutschen Bundestag

Die atomrechtliche Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), hat diese Ergebnisse jeweils überprüft und der Bundesregierung vorgelegt. Beim Übergang von Phase II, der über-tägigen Erkundung, zur Phase III, der untertägigen Erkundung, hat sich der Bundestag anhand aller vorliegenden Bewertungen und nach ausgiebiger Debatte für Standorte entschieden, die nun mithilfe von Erkundungsbergwerken weiter untersucht werden sollen. Es handelt sich um ein Gebiet im Landkreis Niederteich im Bundesland Koburgen (Kristallingestein), zwei Gebiete im Landkreis Tortum im Bundesland Schleiland (Steinsalz in flacher und steiler Lagerung) und ein Gebiet im Landkreis Bergnitz im Bundesland Friesbergen (Tongestein).

Die Öffentlichkeit ist im Vorfeld der Entscheidung beteiligt worden. Mit dem Vorschlag für Standortregionen am Ende von Phase I des Verfahrens, etablierte das BASE in den betroffenen Regionen unter anderem Regional-konferenzen. Diese Gremien begleiten das weitere Vorgehen aller Akteure im Standortauswahlverfahren für

ihre Region gemeinsam mit dem Nationalen Begleitgremium (NBG). Das NBG ist ein unabhängiges gesell-schaftliches Gremium, in dem Expert* innen und Bürger*innen Mitglieder sind.

Im nächsten Schritt sollen jetzt in allen drei Landkreisen diese Standor-te ausführlicher untersucht werden. Dabei wird die BGE weitere geo-logische Daten besonders aus den tieferen Erdschichten erheben. Neben geologischen Informationen fließen städtebauliche Planungen und um-weltschutzrechtliche Vorgaben in die Bewertung der Standorte ein.

Mit diesen Erkundungen will die BGE detaillierte Informationen über die möglichen Endlagerstandorte sammeln. Das BASE wird die Erkenntnisse wiederum prüfen. Nach der Prüfung schlägt das BASE dem Bundestag einen endgültigen Standort vor. Dieser entscheidet dann über den finalen Standort. Alle Akteure im Standort-auswahlverfahren haben ein großes Interesse daran, den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit zu ermitteln: so schnell wie möglich, so sorgfältig wie erforderlich.

Der Streit um die Endlagerstätte

Im Landkreis Bergnitz wurden zwei mögliche Orte für ein Erkundungsbergwerk für das Atommüll-Endlager identifiziert. Einer von ihnen befindet sich in direkter Nähe zur Stadt Perna. Er grenzt an ein neu geschaffenes Industriegebiet an und liegt rund zehn Autominuten vom Stadtzentrum entfernt. Der andere mögliche Standort liegt rund 45 Autominuten entfernt im Naherholungsgebiet Naderer Auwald. Nach der Bekanntgabe der zwei möglichen Standorte im Landkreis Bergnitz hat sich in der Region massiver Protest formiert. In einer mehrtägigen Aktion haben Demonstrant*innen unter anderem die Erkundungsbohrungen nahe der Stadt Perna verhindert. Am möglichen Standort im Naderer Auwald blockierten Demonstrant*innen tagelang die Zufahrt zum Untersuchungs Gelände. Sie ketteten sich dazu an das Eingangstor und den Schutzzaun.

In der Stadt Perna hat sich die Bürgerinitiative „Nein zum Endlager“ gegründet. Ihre Mitglieder befürchten, dass die wahren Risiken der Endlagerung unberechenbar sind. Die Anwohner*innen haben Angst vor gesundheitlichen Schäden und vor

einer erneuten Verschlechterung der Lebensqualität in Perna. Einen weiteren Wegzug von jungen Menschen gilt es ebenso zu verhindern, wie einen möglichen Wertverlust von Grundstücken. Auch darf die Neuansiedlung von Betrieben nicht gefährdet werden, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die Bürgerinitiative will weder ein Endlager nahe Perna noch im Naderer Auwald.

Gegen das Endlager im Naturschutzgebiet Naderer Auwald protestiert vor allem die „Naturschutz-Organisation Deutschlands“ (NOD). Die NOD kritisiert massiv, dass durch ein Endlager im Auwald ein besonders schützenswerter Naturraum zerstört werden könnte. Neben den unberechenbaren Auswirkungen radioaktiver Stoffe weisen die Naturschützer*innen vor allem darauf hin, dass für ein Endlager eine besondere Infrastruktur wie die Zufahrtsstraßen für den Schwerlastverkehr geschaffen werden müsste. Dies würde den Naderer Auwald für immer verändern.

Die Gewerkschaft Energie, Bau und Metall (GEBM) sowie der Industrie- und Handelsverband treten vor-



Proteste der Bürgerinitiative »Nein zum Endlager«

sichtig für ein Endlager im Landkreis Bergnitz ein. Sie sehen vor allem wirtschaftliche Chancen. Durch den Bau des Endlagers würden neue Jobs geschaffen werden. Der Betrieb und die Überwachung würden langfristig qualifizierte Arbeitsstellen in einer Region schaffen, die immer noch von Bevölkerungsrückgang und erhöhter Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Trotz der Bürgerbeteiligung im Standortauswahlverfahren hat der Protest und die Diskussion um ein mögliches Endlager im Landkreis Bergnitz Ausmaße angenommen, die die vergleichende Endlagersuche an dem Standort stark gefährden und sich nachteilig auf den gesamten Prozess auswirken könnten. Das Nationale Begleitgremium (NBG) – ein unabhängiges gesellschaftliches Gremium, in dem sowohl Expert*innen als auch Bürger*innen

Mitglied sind – begleitet den Prozess der Endlagersuche von Beginn an und hat sich in der angespannten Situation dazu entschieden, vor Ort einen Runden Tisch einzurichten. Der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen soll sicherstellen, dass alle Forderungen und Meinungen gehört werden und eine gesellschaftliche Übereinkunft erzielt werden kann. Die Einschätzungen und Empfehlungen des Nationalen Begleitgremiums sind zwar nicht gesetzlich verbindlich. Allerdings haben die an dem Prozess beteiligten Unternehmen, Behörden und Institutionen – und insbesondere der Bundestag – großes Interesse an einer größtmöglichen gesamtgesellschaftlichen Übereinkunft bei der Endlagersuche. Die Empfehlungen des NBG haben daher ein nicht zu unterschätzendes Gewicht bei der Suche nach dem bestmöglichen Standort.



Landkreis Bergnitz

Verwaltungssitz	Perna
Fläche	2.248 km ²
Einwohner	71.250
Arbeitslosenquote	14 %

